

Aktionsplan für mehr Solidarität in der Coronakrise

Autor*innenpapier

Wir erleben in der Corona-Pandemie einen Ausnahmezustand, wie wir ihn zu unseren Lebzeiten noch nicht erfahren haben. Wir alle stehen in dieser Krise zusammen. Die Situation ist außergewöhnlich. Und deshalb müssen unsere Antworten außergewöhnlich sein. Mit Hochdruck wird in Bund, Ländern und Kommunen an Lösungen für die entstandenen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme gearbeitet.

Der Bundestag hat auf seiner letzten Sitzung unter anderem das milliardenschwere „Sozialschutz-Paket“ beschlossen, um existentielle Notlagen im Zuge der Corona-Krise abzufedern. Wir Grüne haben die Maßnahmen mit eigenen Vorschlägen unterstützt. Nachdem die ersten Schritte getan sind, sehen wir, wo die Maßnahmen noch nicht alle Menschen ausreichend erreichen und gerade die Ärmsten durchs Raster fallen.

Sowohl die Corona-Pandemie selbst als auch die Maßnahmen, die zu ihrer Bekämpfung ergriffen werden müssen, haben soziale Konsequenzen, die sich mit jeder Woche weiter verschärfen. Die aktuelle Situation trifft uns alle, aber sie trifft uns nicht gleich hart. Menschen mit geringem Einkommen haben noch viel weniger Geld in der Tasche, wenn Unterstützungsangebote wie die Tafeln oder das kostenlose Schulessen für die Kinder wegbrechen. Pflegerinnen oder Verkäufer arbeiten über ihre Belastungsgrenze hinweg. Auf die eigenen vier Wände beschränkt, werden auch Jobs im Homeoffice und die parallele Betreuung der Kinder, gerade für Alleinerziehende, schnell zu einer physischen und psychischen Belastung. Viele, insbesondere ältere Menschen leiden in diesen Tagen ganz besonders unter Einsamkeit und fehlenden sozialen Kontakten. Wie ein großer Scheinwerfer hebt die Corona-Krise die sozialen Härten in unserem Land hervor. Wir müssen mit weiteren Sofortmaßnahmen und einer mittelfristigen Strategie verhindern, dass sie diese weiter verschärft. Deshalb fordern wir:

- Eine bundesweite Prämie in Höhe von 1.500 € für Ärzt*innen und Pflegekräfte in Krankenhäusern, stationären Einrichtungen und ambulanten Pflegediensten. Sie schultern während dieser Krise eine besondere Verantwortung und setzen sich großen Risiken aus. Das Gesundheitsministerium kann dazu Mittel aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds freigeben und einen Fonds für die Pflege aufsetzen, damit Krankenhäuser, Rettungsdienste und Pflegeeinrichtungen diese zusätzlichen Gelder als Prämien an ihre Mitarbeiter*innen auszahlen können.
- Damit Menschen in Kurzarbeit nicht zusätzlich noch aufstocken müssen, soll das Kurzarbeitergeld für kleine bis mittlere Einkommensbereiche angehoben werden. Je geringer das Einkommen, desto größer der Zuschlag – von 90 % bei einem Nettoeinkommen von unter 1300 € hin zu den bestehenden 60 % ab einem Gehalt von 2300 €. Der Zuschlag für Kinder bleibt erhalten. Für Auszubildende soll der Bezug von Kurzarbeitergeld auch ohne 6-Wochen-Frist möglich sein, um Ausbildungsplätze zu erhalten. Kurzarbeit ist ein Angebot für Unternehmen in der Krise, die ihre Möglichkeiten ausgeschöpft haben und keine andere Lösung für ihre Beschäftigten finden. Wer als Unternehmen die Ressourcen hat, das Kurzarbeitergeld für seine Beschäftigten aufzustocken, sollte das tun.

- Die befristete Verlängerung der Laufzeit des Arbeitslosengeldes I um sechs Monate und die Reduzierung der Mindestversicherungszeit der Arbeitslosenversicherung auf vier Monate verhindern, dass Menschen während der Krise auf Grundsicherung angewiesen sind, und verschaffen Zeit für die Jobsuche danach.
- Um die kulturelle Vielfalt zu erhalten soll ein eigener Kulturrettungsfonds jenen Kulturakteuren und -einrichtungen helfen, die durch die bisherigen Bundes- und Landesmaßnahmen nicht zielgenau unterstützt werden. Bei den Soforthilfen für Solo-Selbstständige schlagen wir vor, dass ein Unternehmereinkommen anrechenbar ist, um Unterstützung möglichst unbürokratisch sicherzustellen und Jobcenter zu entlasten.
- Da im Moment für viele Kinder warme Mittagessen und andere Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket wegfallen, braucht es einen Krisen-Zuschlag für die Zeit, in der Schulen und Kitas geschlossen sind, in Höhe von 60 € für alle Kinder, die Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben. Die Sanktionen in der Grundsicherung müssen ausnahmslos ausgesetzt werden, auch diejenigen, die schon laufen. Wir wollen verhindern, dass Menschen, die z.B. in systemrelevanten Berufen arbeiten, dadurch schlechtergestellt werden, dass ihr*e Partner*in Grundsicherungsleistungen beantragt, und deshalb auf die Anrechnung von Partnereinkommen bei Neuanträgen verzichten. Um die während der Pandemie gestiegenen Kosten für lebensnotwendige Grundbedarfe bei gleichzeitig wegfallenden Hilfeleistungen zu decken, braucht es einen Aufschlag auf den Regelbedarf in der Grundsicherung in Höhe von 100 € monatlich. Studierende, deren Nebenjob zur Finanzierung des Studiums wegfällt, sollen bei Bedarf vorübergehenden Zugang zur Grundsicherung nach dem SGB II erhalten.
- Sozialrechtliche Fristen sollen für die Zeit der Corona-Krisenbewältigung ausgesetzt werden, da es gerade für ältere Menschen oder Menschen mit chronischen Krankheiten kaum möglich ist, ärztliche Gutachten oder juristische Beratung einzuholen. Effektiver Rechtsschutz darf der Krise nicht zum Opfer fallen. Die Regelungen des Sozialschutz-Pakets der Bundesregierung müssen auch für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gelten.
- Nicht alle Kinder haben beim Unterricht zu Hause die gleichen Chancen. Deshalb wollen wir Kinder aus ärmeren Familien besonders unterstützen. Der Zugang zu technischen Geräten, die für das Lernen benötigt werden, muss sichergestellt werden, zum Beispiel mittels Verleih durch die Schulen. Wo das Geld für die Anschaffung eines nötigen technischen Gerätes fehlt, weil die Eltern auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, sollen die Kosten übernommen werden. Wo es nicht möglich ist, dass Kinder nötige Geräte zur Verfügung gestellt bekommen oder keine angemessenen Lernbedingungen zu Hause vorliegen, soll eine Ausnahme von den Regelungen zur Notfallbetreuung gemacht werden. Darüber hinaus soll die Notfallbetreuung allen Kindern zur Verfügung stehen, bei denen mindestens ein Elternteil in systemrelevanten Berufen arbeitet – wie es in einigen Bundesländern bereits der Fall ist. In der Notfallbetreuung muss unbedingt flächendeckend sichergestellt werden, dass Kita- und erst recht Krippenkinder in vertrauter Umgebung und mit bekannten Kindern betreut werden und dass in der Schulbetreuung die Vermittlung und Bearbeitung von Unterrichtsstoff gewährleistet ist.

- Um Kinder nach der Wiederaufnahme des Schulbetriebs gezielt zu fördern, soll ein Corona-Bildungsfonds aufgelegt werden. Bundesweit werden darüber Zusatzkräfte bezahlt, die an Schulen als Hilfskräfte Kinder mit besonderem Förderbedarf unterstützen.
- Stationäre Pflegeeinrichtungen und Ambulante Pflegedienste sollen bei der Verteilung von Schutzausrüstung berücksichtigt werden. Dabei muss dafür Sorge getragen werden, dass auch Schutzausrüstung für An- und Zugehörige gestellt wird, die älteren und pflegebedürftigen Menschen in der Sterbebegleitung zur Seite stehen.
- Mit Sorgen hören wir von der Zunahme an Gewalt vor allem gegen Frauen und Kinder während der Krise. Hilfsstrukturen, insbesondere Frauenhäuser und Notunterkünfte, brauchen eine feste Finanzierungszusage, so dass Frauen, Kinder und andere vulnerable Gruppen kurzzeitig auch in Hotels untergebracht werden können. Mit einem Notfall-Fonds aus Bundesmitteln sollen Frauenberatungsstellen schnelle, unbürokratische Hilfe bei Einnahmeausfällen und Wegbrechen der Eigenmittel bekommen. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe müssen weiterhin verlässlich ansprechbar sein und der Kontakt zu den betreuten Kindern und Familien über eine gezielte Ausstattung mit Schutzmaterial wieder aufgenommen werden – wo es derzeit weiterhin gar nicht geht zumindest per Telefon.
- Durch die Coronakrise konzentriert sich das Leben – einschließlich Arbeiten im Home Office, Spielen und Lernen – auf die eigene Wohnung. Sie muss sicher sein. Zwangsvollstreckungen und Zwangsräumungen von Mieter*innen sowie selbstnutzenden Eigentümer*innen von Wohnungen und Gewerberäumen sollen deshalb gestoppt werden, wie in einigen Bundesländern bereits geschehen. Um die Grundversorgung aller Menschen zu gewährleisten, soll Wohngeld einfach und schnell beantragt werden können und es sollen alle Kostensenkungsverfahren in der Grundsicherung sowie Strom-, Wärmeenergie-, Wasser- und Telefon- oder Internetsperren ausgesetzt werden. Wir begrüßen, dass die meisten Energieversorger bereits angekündigt haben, für die Zeit der Krise auf die Durchführung von Stromsperren zu verzichten. Obdachlose und geflüchtete Menschen sollen schnellstmöglich in eigenen Wohnungen untergebracht werden, damit sie gesundheitlich geschützt sind. Dafür sollen auch Hotels oder Pensionen zur Verfügung gestellt werden.
- Ein Sicher-Wohnen-Fonds schützt Mieter*innen und Kleinvermieter*innen gleichermaßen bei kurzfristigen Mietausfällen aufgrund der Corona-Krise. Um Missbrauch zu verhindern, muss nachgewiesen werden, dass die Mietzahlung aufgrund der Corona-Krise tatsächlich nicht möglich ist und dass die Vermieter*innen durch den Mietausfall vor erhebliche Liquiditätsprobleme gestellt werden.

Die Stärken und Schwächen unserer sozialen Sicherungssysteme zeigen sich in dieser Krise wie unter einem Brennglas. Sie verschärft manche soziale Härten, die bereits vorher existierten. Die Bundesregierung hat seit Jahren strukturelle Veränderungen in der sozialen Sicherung und nötige Investitionen in die soziale Infrastruktur verschleppt. Nach einer Zeit der akuten Hilfe muss ausgewertet werden, ob die ergriffenen Änderungen ausreichend sind und zielgenau bei den betroffenen Personen ankommen. Nicht allen der jetzt hervortretenden Härten werden wir mit politischen Maßnahmen in

der Krise begegnen können. Aber dort, wo wir es können, müssen wir handeln – auch mit individuellen Hilfen. Wir werden auch darüber diskutieren müssen, welche grundlegenden Veränderungen unsere Gesellschaft solidarischer machen und die sozialen Grundrechte jedes Menschen stärken können. Während manche der jetzt notwendigen Maßnahmen vor allem zeitlich begrenzte Soforthilfen sind, weisen andere den Weg in eine Zukunft, in der unsere Gesellschaft besser auf Krisen reagieren kann.

Einige Punkte werden bereits jetzt deutlich: Die Kommunen brauchen eine stärkere Unterstützung bei der Förderung der sozialen Strukturen vor Ort, denn dort entscheidet sich, wer abgehängt und wer mitgenommen wird. Wir haben viel im Bereich digitaler Bildung aufzuholen. Das Grundsicherungssystem braucht Veränderung hin zu einer würdevollen und bürokratiearmen Garantiesicherung ohne Bedarfsgemeinschaften, die Teilhabe ermöglicht und Beratung und Betreuung auf Augenhöhe bietet.

Die Corona-Krise wirft die Frage nach dem Wert von Arbeit neu auf. Pfleger*innen, die sich gerade jeden Tag einem großen Risiko aussetzen, Verkäufer*innen, die unsere Versorgung sichern, oder Erzieher*innen, die es anderen erst möglich machen, weiter zu arbeiten - sie sind nicht nur in der Krise sondern auch darüber hinaus unentbehrlich. Und trotzdem verdienen sie viel zu wenig. Nach der Krise dürfen wir nicht zu einer Normalität zurückkehren, die z.B. in der Pflege selbst bereits der Ausnahmezustand war. Und wir müssen die Finanzierung unseres Gesundheitswesens auf sichere Füße stellen, denn ein Gesundheitssystem, das auf Kante genäht ist, statt sich an menschlichen Bedürfnissen zu orientieren, können wir uns als Gesellschaft nicht leisten. Unsere Dankbarkeit für den hohen Einsatz während dieser Krise geht mit dem Versprechen einher: Wir werden das nicht vergessen und bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Berufen zur politischen Priorität machen.

Ricarda Lang

Stellv. Parteivorsitzende

Sven Lehmann

Sprecher für Sozialpolitik

Annalena Baerbock

Parteivorsitzende

Katrin Göring-Eckardt

Fraktionsvorsitzende